

Unverkäufliche Leseprobe



Volker Ullrich
Die Revolution von 1918/19

2018. 127 S.
ISBN 978-3-406-56254-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/24049>

C.H.BECK  **WISSEN**

in der Beck'schen Reihe

Mit ihren Revolutionen haben sich die Deutschen in der Vergangenheit schwer getan. Das gilt auch für die Revolution von 1918/19 und ihre Bewertung. Am Anfang des revolutionären Geschehens standen der Matrosenaufstand in Kiel und der Staatsumsturz im November 1918, an ihrem Ende die blutige Niederwerfung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919, die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles am 28. Juni und die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung am 31. Juli. Volker Ullrich schildert mit souveräner Kennererschaft Ursprung und Verlauf der Revolution und geht zugleich der zentralen Frage nach, inwieweit die Konstellation von 1918/19 das katastrophale Scheitern der Weimarer Republik 1930 bis 1933 bereits in sich barg.

Volker Ullrich, Dr. phil., Dr. h.c., ist Historiker und ZEIT-Autor. Er ist durch zahlreiche Beiträge zur Geschichte des Ersten Weltkriegs und der Revolution von 1918/19 ausgewiesen. Bei C. H. Beck ist zuletzt von ihm erschienen: *Das erhabene Ungeheuer. Napoleon und andere historische Reportagen* (bsr 1774)

Volker Ullrich

**DIE REVOLUTION
VON 1918/19**

Verlag C. H. Beck

Originalausgabe
© Verlag C. H. Beck oHG, München 2009
Gesamtherstellung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Umschlagabbildung: The Bridgeman Art Library,
London/Berlin (Nr. 212457)
Umschlagentwurf: Uwe Göbel, München
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 56254 9

www.beck.de

Inhalt

Einleitung	7
I. Die Vorgeschichte der Revolution	
1. Die Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft im Ersten Weltkrieg	11
2. «Burgfriede» und Spaltung der Sozialdemokratie	16
3. Die verspätete Reform	21
II. Die erste Phase der Revolution (November 1918–Februar 1919)	
1. Der Aufstand in Kiel und die Ausbreitung der revolutionären Bewegung	28
2. Der 9. November in Berlin und die Bildung der Regierung der Volksbeauftragten	32
3. Der Alltag der Revolution	39
4. Revolution und Konterrevolution	44
5. Der Rätekongress	57
6. Die Weihnachtskrise und das Ausscheiden der USPD aus der Regierung	63
7. Von der Gründung der KPD zur Niederschlagung des Januaraufstands	67
8. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	73
9. Die Wahlen zur Nationalversammlung und die Bildung der Weimarer Koalition	76
III. Die zweite Phase der Revolution (Februar 1919–August 1919)	
1. Der Ruf nach Sozialisierung	82
2. Die Berliner Märzmassaker	88

3. Die Münchner Räterepublik	92
4. Versailler Vertrag und Kriegsschuldfrage	101
5. Die Weimarer Verfassung	107
6. Ausblick	114
Zeittafel	119
Literatur	121
Personenregister	126

Einleitung

Als «die größte aller Revolutionen» feierte Theodor Wolff, der Chefredakteur des liberalen «Berliner Tageblatts», in einem Leitartikel vom 10. November 1918 den Sturz der Hohenzollernherrschaft am Tag zuvor. In seinen 1936 im französischen Exil geschriebenen Erinnerungen zeigte er sich hingegen stark ernüchtert: «Bei Berührung mit diesem Ereignis verflüchtigt sich aus der Sprache des Chronisten gewissermaßen jedes Atom einer pathetischen Substanz.» Mit dem Wandel seines Urteils stand der prominente Journalist nicht allein da, denn dieses Urteil entsprach dem Prozess der Verdrängung und Umwertung der Revolution, der schon bald nach 1919 eingesetzt hatte. In der Rückschau erschienen die umwälzenden Ereignisse des November 1918 in immer grellerem Licht. Mit dieser Revolution mochte sich kaum mehr jemand identifizieren, nicht einmal die Sozialdemokraten, die von der politischen Rechten und später den Nationalsozialisten als «Novemberverbrecher» diffamiert wurden. So wurde der November 1918 nicht zum Gründungsmythos der Weimarer Republik, und in ihrer Schlussphase, erst recht nach ihrem Scheitern, verstärkten sich die Zweifel, ob das, was sich in ihrer Geburtsstunde zugetragen hatte, überhaupt den Namen einer Revolution verdiente.

Diese Sicht auf die Revolution von 1918/19 änderte sich nach 1945 grundlegend. Die führenden Repräsentanten der Sozialdemokratie wurden vom NS-Stigma der «Novemberverbrecher» befreit. Gleichzeitig hieß es, für ihren Kurs der scharfen Abgrenzung nach links und der engen Zusammenarbeit mit den alten Eliten des Kaiserreichs habe es keine Alternative gegeben, denn andernfalls wäre Deutschland ins Fahrwasser des «Bolschewismus» geraten. Diese Deutung, die ganz im Zeichen einer antikommunistisch ausgerichteten Geschichtspolitik stand, fasste Karl Dietrich Erdmann 1955 so zusammen: entwe-

der «die soziale Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps».

Erdmanns These erlangte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft der 50er Jahre nahezu kanonische Bedeutung, während in der offiziellen Geschichtskultur der DDR, anknüpfend an die Polemik der KPD in der Weimarer Republik, ein Bild der Novemberrevolution gepflegt wurde, in dem die vermeintlich verpassten Chancen für eine grundlegende sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft hervortraten. Der SPD-Führung wurde in diesem Zusammenhang «Verrat» an den Interessen der Arbeiterklasse vorgeworfen. An diesem Bild sollte sich auch in den folgenden Jahrzehnten wenig ändern. Die DDR feierte sich selbst als den deutschen Staat, in dem «das Vermächtnis der Novemberrevolution verwirklicht» worden sei.

In der Bundesrepublik aber setzte in den frühen 60er Jahren mit dem Ende der Adenauer-Ära und den damit einhergehenden Veränderungen des politischen Klimas eine Revision ein. Erdmanns Deutung wurde nun aufgegeben zugunsten der These von einer «Offenheit» der Situation, die den verantwortlichen Politikern einen relativ großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum geboten habe. In diesem Zusammenhang rückten Eberhard Kolb (1962) und Peter von Oertzen (1963) die Rätebewegung in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses – und mit ihr die Frage nach den versäumten Chancen einer durchgreifenden Demokratisierung des Obrigkeitsstaates. Die Räte, vordem als Werkzeuge des «Bolschewismus» verdächtigt, erschienen jetzt als Träger eines «radikaldemokratischen Potentials», das, wäre es genutzt worden, der Republik von Weimar zu größerer Stabilität hätte verhelfen können. Scharfe Kritik richtete sich an die Adresse der SPD-Volksbeauftragten, weil sie es versäumt hätten, sich dieses Potenzial zunutze zu machen.

Das neue Bild der Revolution beherrschte die Forschungsdiskussion auch der folgenden Jahrzehnte, doch seit den späten 70er Jahren wurden daran einige Korrekturen vorgenommen. Von einer romantisierenden Überhöhung der Rätebewegung,

wie sie im Gefolge der Studentenbewegung von 1968 im Schwange war, ist man längst abgerückt. Die Räte wurden nicht mehr daran gemessen, was sie hätten sein sollen, sondern was sie tatsächlich waren, und da zeigte sich, dass die meisten, jedenfalls in der ersten Phase der Revolution, weder radikal-demokratisch noch gar revolutionär waren, sondern sich eher als der verlängerte Arm der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verstanden und ihre Aufgabe vornehmlich in der Sicherung von «Ruhe und Ordnung» erblickten. Mit der Entmythologisierung der Räte verbunden war eine deutliche Abschwächung der Kritik an der SPD-Führung. Ihr wurde nicht mehr vorgeworfen, dass sie mit den Vertretern des alten Regimes zusammengearbeitet, sondern dass sie diese Zusammenarbeit über das unbedingt notwendige Maß hinaus betrieben habe. Heinrich August Winkler hat diese gleichsam gezähmte Kritik an den SPD-Volksbeauftragten in seinen wegweisenden Arbeiten auf die Formel gebracht: «Die Sozialdemokraten hätten bei stärkerem Gestaltungswillen mehr verändern können und weniger bewahren müssen.»

Nachdem sich die Forschungen zunächst auf die Brennpunkte des revolutionären Geschehens in den Metropolen und Industriegebieten konzentriert hatten, rückten seit den 80er Jahren auch die agrarischen Regionen und die Provinz ins Blickfeld. Eine Fülle von regional- und lokalgeschichtlichen Untersuchungen hat das Bild ergänzt und zum Teil differenziert, an den grundlegenden Erkenntnissen aber nichts mehr verändert.

Der frühe Begriff «Novemberrevolution» ist mittlerweile preisgegeben worden, weil er die Perspektive zu sehr auf den bloßen Vorgang des Staatsumsturzes im November 1918 reduziert hat. Dieser bildete jedoch nicht den Abschluss, sondern den Auftakt des revolutionären Geschehens, das sich über mehrere Monate erstreckte und zwei Phasen durchlief: eine erste, die von der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte Anfang November 1918 bis zur Niederschlagung des Berliner Januaraufstands und den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 reichte; eine zweite, die durch eine Radikalisierung der revolutionären Bewegung gekennzeichnet war und mit der

Niederwerfung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919, der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni und der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung durch die Nationalversammlung am 31. Juli endete. Der heute übliche Begriff «Die Revolution von 1918/19» trägt dem Charakter dieses Prozesses Rechnung. Gelegentlich unternommene Versuche, dem noch eine dritte Revolutionsphase vom Sommer 1919 bis zum Kapp-Putsch im März 1920 hinzuzufügen, können kaum überzeugen, weil diese Phase bereits deutlich im Zeichen der Gegenrevolution stand.

Der hier nur kurz umrissene Gang der Forschung zeigt, dass die Revolution von 1918/19 bis heute ein Politikum geblieben ist, auch wenn das Interesse, verglichen mit früheren Jahrzehnten, nachgelassen hat: Es ist, wie Reinhard Rürup schon 1993 konstatierte, «insgesamt eher still um die Revolutionsgeschichte geworden». Im Wandel der Deutungen lassen sich jeweils Verschiebungen im gesellschaftlichen Klima der Bundesrepublik und im politischen Kategoriensystem der Historiker ausmachen. Eine Frage allerdings hat die Revolutionsforschung durch alle ihre Phasen begleitet: Inwieweit nämlich die Gründungskonstellation von 1918/19 das katastrophale Scheitern der Weimarer Republik 1930 bis 1933 bereits in sich barg. Vielleicht kann diese Überblicksdarstellung dazu beitragen, auch auf diese Frage eine Antwort zu geben.

I. Die Vorgeschichte der Revolution

1. Die Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft im Ersten Weltkrieg

Am 9. November 1918, dem Tag, als die Revolution die Reichshauptstadt Berlin erreichte, notierte Thomas Mann in sein Tagebuch: «Alles in Allem habe ich ziemlich kaltes und nicht weiter unwilliges Blut. Revolutionen kommen erst, wenn sie gar keinen Widerstand mehr finden (auch bei dieser war es so) und eben dieses Fehlen beweist, daß sie natürlich und berechtigt sind. Die alten Machthaber sind im Grunde froh, ihre Macht, die keine mehr war, los zu sein, und es ist zuzugeben, daß ihre Autorität der Lage, wie sie ist und demnächst sein wird, nicht gewachsen gewesen wäre. Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und einer gewissen Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohlthätig.»

So entspannt wie der in München lebende Schriftsteller reagierten nur die wenigsten Zeitgenossen auf die umwälzenden Ereignisse der ersten Novembertage 1918. Im Gegenteil: Für die meisten brach damals eine Welt zusammen, so auch für den Schriftsteller Gerhart Hauptmann: «Das Ungeheure ist zur Tatsache geworden», schrieb er ebenfalls am 9. November. «Die Bahn Wilhelms II., dieses eitlen, überheblichen, fleißigen Monarchen ist beendet.» Und Harry Graf Kessler, der Kunstmäzen und Diplomat, bemerkte: «Mir griff es doch an die Gurgel, dieses Ende des Hohenzollernhauses; so kläglich, so nebensächlich: nicht einmal Mittelpunkt der Ereignisse.» Den 9. November nannte er einen «der denkwürdigsten, furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte».

So plötzlich, wie viele meinten, war die Revolution jedoch keineswegs ausgebrochen, und es hatte auch mehr als nur eines Anlaufs bedurft, um die scheinbar so festgefügte Bastion der

Hohenzollernherrschaft zu schleifen. Die Umwälzung vom November 1918 war nicht nur eine unmittelbare Folge der militärischen Niederlage und der dadurch ausgelösten Schockreaktion in der deutschen Bevölkerung; vielmehr war sie seit Langem in einem Prozess kumulativer Radikalisierung im Schoße der wilhelminischen Gesellschaft herangereift. Unter der Hülle des «Burgfriedens» hatten sich seit August 1914 die gesellschaftlichen Spannungen außerordentlich verschärft. Hauptursache waren die schweren Belastungen, die der Krieg der großen Mehrheit der Bevölkerung aufbürdete. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte und Beamte mussten eine bedeutende Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen. Die Einkommen konnten mit der raschen Verteuerung aller lebensnotwendigen Güter, vor allem der Nahrungsmittel, nicht Schritt halten. Die Reallöhne sanken im Schnitt weit unter Vorkriegsniveau. Gleichzeitig wurden Arbeitszeiten verlängert und – besonders in den Rüstungsbetrieben – Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt. Die Erbitterung darüber entlud sich seit 1916 in einer wachsenden Zahl «wilder» Streiks – «wild» deshalb, weil die Gewerkschaftsleitungen seit Kriegsbeginn auf alle Arbeitsniederlegungen verzichtet hatten und die Streikenden von dieser Seite weder mit moralischer noch finanzieller Unterstützung rechnen konnten.

Neben der Verteuerung bildete die zunehmende Knappheit der Lebensmittel eine Quelle ständiger Unzufriedenheit. Vor dem Krieg hatte das Deutsche Reich 20 Prozent seiner Lebensmittel importiert; die alliierte Wirtschaftsblockade schränkte die Zufuhren stark ein. Verschärft wurde die Mangelsituation allerdings durch die Unfähigkeit der Behörden, eine halbwegs gerechte Verteilung sicherzustellen. Unter den anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten hatten vor allem Frauen der unteren Bevölkerungsschichten zu leiden. Seit Ende 1915/Anfang 1916 gehörten Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften zum Alltagsbild vieler Großstädte. «Es herrscht hierbei eine äußerst gereizte Stimmung unter diesen Proletarierfrauen, und die Maßnahmen der Regierung erfahren häufig eine recht gehässige Kritik», beobachtete ein Berliner Polizist Ende September 1915.

Nicht selten wurden «Lebensmittelpolonaisen» zum Ausgangspunkt von Hungerrevolten: Frauen und Jugendliche demonstrierten für «Frieden und Brot», stürmten Rathäuser und plünderten Geschäfte. Gegen solche Proteste gingen Polizeibeamte oft mit übertriebener Härte vor, was wiederum den Zorn der hungernden Menschen steigerte. Über den ersten großen Hungerkrawall auf dem Münchner Marienplatz im Juni 1916 schrieb ein Augenzeuge, der Anarchist Erich Mühsam, in sein Tagebuch: «Die Polizisten hatten blank gezogen und ritten jetzt, nach allen Seiten schlagend, über den Platz. Man hörte Schreie von Verwundeten, namenlose Wutäußerungen: Pfui! Sauhunde! Preußenknechte! Helden! Auf Weiber und Kinder habt ihr Mut! Pfui! Pfui!»

Die ersten Äußerungen der Unzufriedenheit und des Aufbegehrens waren noch bestimmt durch ökonomische Beschwerden, mochte dahinter auch bereits das Verlangen nach Frieden als Grundmotiv erkennbar sein. Mit zunehmender Dauer des Krieges verbanden sich Missstimmung über die materielle Not und Kriegsmüdigkeit mit Ressentiments gegen die Privilegierten und Herrschenden, mit sozialer Kritik und politischem Protest. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der immer schlimmere Auswüchse annehmende «Schleichhandel». Kolonnen von Großstädtern durchkämmten an Wochenenden die ländlichen Gebiete, um die schmalen Rationen, die über Karten zu bekommen waren, aufzubessern. Große Erbitterung löste es jedes Mal aus, wenn Polizeibeamte den kleinen «Hamsterern» die mühsam erworbenen Lebensmittel abnahmen, während die Großspekulanten und erwerbsmäßigen Schieber ungeschoren davonkamen. Der größte Teil der auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waren landete in den Vorratskellern der Vermögenden. So hatte der «Schleichhandel» eine die Klassengegensätze zugleich enthüllende und verschärfende Funktion. «Alles wird für die Reichen, für die Besitzenden reserviert. Sobald es heißt, Entbehrungen mitmachen zu müssen, dann wollen die Herrschaften keine Brüder und Schwestern mehr von der arbeitenden Klasse sein. Die schönen Reden vom Durchhalten gelten nur für die arbeitende Klasse, die herrschende Klasse hat sich mit ihrem

Geldsack schon genügend versorgt», empörte sich eine Hamburger Arbeiterin im Winter 1916/17, der als «Steckrübenwinter» in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Noch zermürbender als Hunger und Mangel in der «Heimat» wirkte die Erfahrung des massenhaften Sterbens an den Fronten. Von der Begeisterung der Augusttage 1914 war gerade hier bald nichts mehr zu spüren. An die Stelle des idealistisch gestimmten Kriegsfreiwilligen trat der desillusionierte, harte Frontkämpfer, für den das Töten zur mechanischen Pflichterfüllung wurde. Alltag im Schützengraben – das hieß ein Maulwurfsleben in Unterständen, manchmal bis zu zehn Metern unter der Erde, mit Dreck, Gestank und Ungeziefer, das hieß das nervenzehrende Warten auf den nächsten Angriff, inmitten einer von Laufgräben und Stacheldrahtverhauen durchzogenen Schlachtlandschaft, wo verstümmelte und faulende Leichenteile herumlagen, wieder und wieder umgepflügt vom oft stundenlangen Trommelfeuer. «Ihr könnt Euch keine Vorstellung von diesem Schrecken machen», schrieb ein Infanterist im Juni 1916 über das Gemetzel bei Verdun. Abstumpfung, Verrohung, Hass auf die militärischen Vorgesetzten und Verachtung für die «Etappenhengste» prägten den Umgangston in dieser Zwangsgemeinschaft des Schützengrabens.

Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht unter Zivilisten und Soldaten verstärkten sich wechselseitig. Urlauber trugen die Missstimmung über die Zustände in der Armee in die «Heimat» und kehrten, über die Not ihrer Familien erst recht erbittert, an die Front zurück. In ihren Erzählungen mischten sich eigene Beobachtungen mit Gerüchten über die ausschweifenden Vergnügungen der Kriegsgewinnler und die Prassereien der Offiziere in der Etappe. Solche Gerüchte fanden bereitwillige Aufnahme, weil sie an die vielfältigen Erfahrungen der Ungleichheit in der Klassengesellschaft anknüpften. So verband sich Kriegsgegnerschaft auch im Heer mit Gesellschaftskritik. Weit verbreitet sei hier die Ansicht, meldete eine mit der Kontrolle der Feldpostbriefe befasste Überwachungsstelle im August 1917, «der Krieg werde nur noch im Interesse unserer Großkapitalisten fortgesetzt». «Gleiche Löhnung, gleiches Fressen, wär' der Krieg

schon längst vergessen!», lautete ein häufig kolportierter Spruch unter den Mannschaften.

Einen starken Auftrieb erhielt der Antikriegsprotest durch den Beginn der Russischen Revolution im Frühjahr 1917. «Als ich vorige Woche bei einem Telegramm stehen blieb und die Revolution in Petersburg las», schrieb eine Münchnerin im März 1917, «hörte ich hinter mir sagen, schade, daß es nicht in Berlin ist. Ich schaute um, und es waren Feldgraue.» Auch in den Unterhaltungen der Frauen vor den Lebensmittelgeschäften waren die revolutionären Vorgänge in Russland ein wichtiges Thema. Daran knüpften sich Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges und eine grundlegende Verbesserung der eigenen Situation. «Die Vorgänge in Rußland scheinen ihre Wirkung auf die Masse nicht verfehlt zu haben», berichtete ein Polizeispitzel in Hamburg im April 1917, «denn an verschiedenen Stellen sind Äußerungen laut geworden: ‚Wir müssen es nur machen wie in Rußland, dann wird es auch bald anders werden.‘» Solche Äußerungen belegen, wie sehr sich die Erbitterung über die wirtschaftlichen Nöte inzwischen politisch aufgeladen und radikalisiert hatte.

Die Politisierung der Protestbewegung zeigte sich bereits im April 1917, als in Berlin, Leipzig und anderen Orten die Metallarbeiter die Arbeit niederlegten. Noch deutlicher wurde sie bei den Januarstreiks 1918 – der größten Massenaktion während des Krieges. Allein in Berlin, dem Zentrum der Bewegung, streikten Zehntausende von Rüstungsarbeitern; von hier aus sprang der Funke auf fast alle Industriestädte über. Am Nachmittag des 28. Januar wählten die Delegierten der bestreikten Berliner Betriebe, dem russischen Beispiel folgend, einen «Arbeiterrat», der sofort mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat. An der Spitze stand das Verlangen nach einem Frieden ohne Annexionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Weitere Forderungen lauteten: Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustands, Freilassung der politischen Gefangenen sowie «durchgreifende Demokratisierung aller Staatseinrichtungen in Deutschland», insbesondere die Abschaffung des reaktionären

preußischen Dreiklassenwahlrechts. Eindeutig rangierten also die politischen vor den wirtschaftlichen Streikzielen. Insofern hatte der preußische Minister des Innern, Wilhelm Drews, Recht, wenn er in seinem Bericht an Kaiser Wilhelm II. vom «ersten politischen Massenstreik in Deutschland» sprach. Militär- und Zivilbehörden reagierten überaus nervös. Die streikenden Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt, Versammlungen und Demonstrationen verboten, Gewerkschaftshäuser geschlossen, Zeitungen am Erscheinen gehindert, der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Das harte Vorgehen zeigte Wirkung. Im Laufe des 2. und 3. Februar 1918 wurde in fast allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen.

Der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg hat in seinem Buch über die Entstehung der Weimarer Republik die Januarstreiks als «Generalprobe für die Novemberrevolution» bezeichnet. Tatsächlich enthüllte diese Bewegung, wie brüchig die Fundamente des wilhelminischen Herrschaftssystems inzwischen waren. Eine junge Hamburger Sozialdemokratin zog Anfang Februar 1918 in einem Feldpostbrief Bilanz: «Es war ein gewaltiger Ruck, der durch unser aller Gefühl gegangen ist. Die Arbeiterschaft zog ihre Hand zurück von den Maschinen, die Waffen liefern, mit denen dieser Krieg geführt wird. Haß und Wut tobten sich bei denen aus, denen der Krieg noch etwas bringen soll ... Sie eiferten gegen die «Landesverräter» und mußten doch die Ruhe und Würde anerkennen, mit der die Arbeiterschaft ihren Willen kundtat ... Es waren die ersten züngelnden Flammen aus dem glimmenden Feuer.»

2. «Burgfriede» und Spaltung der Sozialdemokratie

Am 4. August 1914 stimmte die SPD im Reichstag der Bewilligung der Kriegskredite zu. Im Namen seiner Fraktion erklärte der Parteivorsitzende Hugo Haase: «Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.» Damit war besiegelt, was man damals «Burgfriede» nannte: die Stilllegung der innenpolitischen Konflikte im Namen einer neuen nationalen Einmütig-

keit. Die Gewerkschaftsleitungen folgten dem Votum der Partei und setzten in einer Parallelaktion die Unterstützung aller Streiks für die Dauer des Krieges aus.

So überraschend, wie es den meisten Zeitgenossen erschien, kam diese Wende nicht. Denn in den Jahrzehnten vor 1914 war die deutsche Sozialdemokratie, ungeachtet ihrer revolutionären Programmatik und ihrer klassenkämpferischen Rhetorik, allmählich in das gesellschaftliche System des Kaiserreichs hineingewachsen und hatte sich hier mehr und mehr eingerichtet. Dass sie sich im Verteidigungsfall nicht verweigern dürfe, und besonders dann nicht, wenn die vermeintliche Aggression vom verhassten zaristischen Russland ausging – das hatte schon der 1913 verstorbene charismatische Parteivorsitzende August Bebel erklärt, und diese Überzeugung war unter den Parteimitgliedern weit verbreitet. Eben darauf richtete sich die Strategie des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg in der Julikrise 1914: Russland musste unter allen Umständen in die Rolle des Angreifers manövriert, das Deutsche Reich als der scheinbar Angegriffene hingestellt werden. Nur dann, so glaubte man in der Reichsleitung, könnten die sozialdemokratischen Arbeitermassen für eine Unterstützung der Kriegsanstrengungen gewonnen werden.

Viele führende Sozialdemokraten verbanden freilich mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten die Erwartung, endlich die Hindernisse beseitigen zu können, die der politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung ihrer Partei bislang im Wege gestanden hatten. Ganz oben auf der Wunschliste stand die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und eine Erweiterung der Befugnisse des Reichstags, also die «Parlamentarisierung» der Reichsverfassung. Auch in der Reichsleitung war man sich bewusst, dass man für die bewiesene «patriotische Zuverlässigkeit» der Sozialdemokraten einen Preis würde zahlen müssen. Sie weiterhin als «vaterlandslose Gesellen» zu verteufeln und auszugrenzen, war jedenfalls nicht mehr möglich. Doch zugleich musste Bethmann Hollweg Rücksicht nehmen auf die konservativen Kräfte, vor allem in Preußen, die sich vehement gegen alle substanziellen innenpolitischen Reformen ausspra-

chen. Diese Kreise, so teilte der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Arnold von Wahnschaffe, dem Kanzler bereits Ende Oktober 1914 mit, befürchteten ein «zu weites Entgegenkommen gegen demokratische Wünsche nach Friedensschluß».

Um den «Burgfrieden» zwischen den Parteien nicht zu gefährden, beschloss die Reichsleitung, die Frage der innenpolitischen «Neuorientierung» zunächst einmal auf die lange Bank zu schieben. Das brachte die SPD-Führung in eine missliche Lage. Wollte sie den am 4. August eingeschlagenen Kurs vor den eigenen Mitgliedern überzeugend vertreten, musste sie möglichst rasch Erfolge in der inneren Reformpolitik vorweisen. Je länger diese ausblieben, desto schwieriger wurde es für die Spitzen von SPD und Gewerkschaften, die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft über die zunehmenden Nöte des Kriegsalltags zu beschwichtigen. Das wiederum konnte sich jene Minderheit in der Sozialdemokratie zunutze machen, die mit dem Schwenk der Partei auf die Linie der «Burgfriedenspolitik» nicht einverstanden war.

Schon bald nach Kriegsbeginn hatte sich an vielen Orten die innerparteiliche Opposition zu formieren begonnen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Erkenntnis, dass die Reichsleitung die Öffentlichkeit im Juli 1914 über die wahren Ursachen des Krieges getäuscht hatte: Das Deutsche Reich musste sich also keineswegs einer feindlichen Aggression erwehren. «Es liegt ein großer deutsch-österreichischer Präventiv- und Eroberungskrieg vor», konstatierte Karl Liebknecht, der Sprecher der Linken, in einem Schreiben an den SPD-Parteivorstand Ende Oktober 1914. Allerdings setzte der in den ersten Tagen des Krieges proklamierte «Belagerungszustand» den Aktivitäten der Opposition von vornherein enge Grenzen. Die vollziehende Gewalt im Innern ging auf die Militärbefehlshaber der einzelnen Korpsbezirke, die sogenannten stellvertretenden kommandierenden Generale, über. Sie nutzten die weitreichenden Vollmachten aus, um das Vereins- und Versammlungsrecht weitgehend außer Kraft zu setzen und die Presse einer scharfen Zensur zu unterwerfen. In der Praxis richteten sich diese Maßnahmen vor allem gegen die oppositionelle Minderheit, während die kooperations-

bereitete Mehrheit sich schon bald der wohlwollenden Duldung durch Militär- und Zivilbehörden erfreute. Dieser doppelte Kurs staatlicher Repressionspolitik im Krieg bewirkte, dass der Kampf der auseinanderstrebenden Richtungen in der SPD um die Unterstützung der Mitgliedschaft unter sehr ungleichen Bedingungen geführt wurde.

Hinzu kam, dass die Mehrheit die Machtmittel des Apparats und die Verfügung über die Parteizeitungen rigoros nutzte, um die Kritiker der «Politik des 4. August» einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die hohe Wertschätzung der Disziplin in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die ursprünglich dazu gedient hatte, die Reihen gegen die feindliche Außenwelt zu schließen, wurde nun zu einem Instrument der Disziplinierung nach innen, und dies umso nachdrücklicher, je heftiger sich der Protest gegen Massenverelendung und Kriegsverlängerung regte und die oppositionelle Minderheit an Boden gewann.

Innerhalb der sozialdemokratischen Kriegsopposition bildeten sich seit Frühjahr 1915 zwei Gruppierungen heraus: Die radikale Linke sammelte sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie nannte sich zunächst Gruppe Internationale, seit 1916 Spartakusgruppe (nach einer von ihr herausgegebenen illegalen Zeitschrift, die «Spartakusbriefe»). Besonders auf diese Gruppe hatten es Polizei- und Militärbehörden abgesehen. Rosa Luxemburg musste während des Krieges drei Jahre und vier Monate hinter Gittern zubringen. Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, wurde bald darauf eingezogen und kam als Armierungssoldat an die Ostfront. Nach einer von der Spartakusgruppe organisierten Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai 1916 wurde er verhaftet und zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Durch sein konsequentes Eintreten gegen den Krieg war er zum bestgehassten Politiker der herrschenden Kreise im wilhelminischen Deutschland geworden – und zum «populärsten Mann in den Schützengräben», wie Karl Kautsky, der SPD-Cheftheoretiker, im August 1916 schrieb. Wie Luxemburg und Liebknecht

erging es vielen radikalen Oppositionellen im Ersten Weltkrieg: Sie wurden kriminalisiert und verfolgt, eingesperrt oder zur Strafe an die Front abkommandiert. Und nicht selten halfen Denunziationen aus Kreisen der SPD und Gewerkschaften nach.

Weniger hart von der Verfolgung betroffen war ein gemäßigter Flügel um den Parteivorsitzenden Hugo Haase. Seine Anhänger lehnten ebenfalls die Politik des «Burgfriedens» ab, anders als die Spartakusgruppe und die mit ihr kooperierenden norddeutschen Linksradikalen um Johann Knief und dessen Zeitschrift «Arbeiterpolitik» schreckten sie jedoch vor der Propagierung von Massenstreiks als dem wirkungsvollsten Mittel zur revolutionären Beendigung des Krieges zurück. Stattdessen wollten sie weiterhin auch die parlamentarische Bühne nutzen, um ihren Widerstand gegen die Kriegspolitik zur Geltung zu bringen. Im März 1916 wurden 18 Abgeordnete der Minderheit, die sich der Kreditbewilligung verweigert hatten, aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen; unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) bildeten sie eine eigene Fraktion. Das war der Auftakt zur Spaltung der SPD. Besiegelt wurde sie, nachdem die SAG im Januar 1917 zu einer Sonderkonferenz nach Berlin aufgerufen hatte. Den Führungsgremien der SPD war damit eine Handhabe gegeben, um die Opposition endgültig aus der Partei herauszudrängen. Anfang April 1917 konstituierte sich in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Unter ihr «schützendes Dach» schlüpfte auch die Spartakusgruppe, während sich die Linksradikalen in Bremen und Hamburg, allerdings erfolglos, um den Aufbau einer eigenen revolutionären Partei bemühten.

In der USPD sammelten sich all jene Kräfte, die gegen eine Weiterführung des Krieges waren und eine Zusammenarbeit mit der Regierung strikt ablehnten. Für die hungernden, kriegsmüden Massen wurde die neue Partei zum Hoffnungsanker. Allerdings blieb ihr dort, wo die Mehrheitsrichtung stark und die politische Verfolgung intensiv war, der entscheidende Durchbruch bis Kriegsende noch versagt. In einigen Industrieregionen, vor allem in den Großbetrieben der Metallindustrie, konnte die USPD jedoch bereits vor 1918 Fuß fassen und sich als Alterna-

tive zur Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) profilieren. Das erklärt den Einfluss, den sie auf die Streikbewegungen des April 1917 und noch mehr auf die des Januar 1918 auszuüben in der Lage war.

Die Spaltung der größten und traditionsreichsten sozialdemokratischen Partei der II. Internationale im Krieg war von großer Bedeutung. Natürlich versuchte die Mehrheit die Verantwortung den «Quertreibern» von der Minderheit zuzuschieben; tatsächlich aber trug sie daran selbst die Hauptschuld. Denn statt den Dissidenten die Möglichkeit zu geben, ihren abweichenden Standpunkt im Rahmen der Organisation zu vertreten, hatte sie ausschließlich auf Repression gesetzt und alle Register der Disziplinierung gezogen. Gerade dadurch sorgte sie aufseiten der unterlegenen Minderheit für Erbitterung, ja für Hass. Die Vergiftung der Atmosphäre sollte im Verlauf der Revolution von 1918/19 eine nicht unwichtige Rolle spielen.

3. Die verspätete Reform

Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Russland und der wachsenden Unzufriedenheit in der Industriearbeiterschaft sah sich Reichskanzler Bethmann Hollweg im Frühjahr 1917 gezwungen, die Frage der inneren «Neuorientierung» nun doch schon in Angriff zu nehmen. So brachte er den Kaiser dazu, in seiner Osterbotschaft vom 7. April eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts für die Zeit nach dem Kriege anzukündigen. Das war zu wenig, um die kriegsmüden Teile der Bevölkerung ruhig zu stellen; in den Augen der preußischen Konservativen und der hohen Militärs war es bereits zu viel an Nachgiebigkeit gegenüber dem demokratischen Zeitgeist. Im Juli 1917 drohten Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, die beiden starken Männer der seit August 1916 amtierenden 3. Obersten Heeresleitung, mit ihrem Rücktritt, falls Bethmann Hollweg im Amte bliebe, und Wilhelm II. musste der Erpressung nachgeben. Die neuen Reichskanzler, zunächst Georg Michaelis, zuvor preußischer Staatsminister der Ernährung, seit Oktober 1917 Georg von Hertling, zuvor bayerischer Mi-

nisterpräsident, waren nicht viel mehr als Erfüllungsgehilfen der Heeresleitung, deren Macht größer war als jemals zuvor. Dennoch war das Deutschland der Jahre 1917/18 keine reine Militärdiktatur, denn auch Hindenburg und Ludendorff mussten Rücksicht nehmen auf die neue Reichstagsmehrheit aus Mehrheitssozialdemokratie, katholischem Zentrum und liberaler Fortschrittspartei, die im Juli 1917 einen Interfraktionellen Ausschuss gebildet, das Thema der «Parlamentarisierung» der Verfassung auf die Tagesordnung gesetzt und eine Resolution mit der Forderung nach einem Verständigungsfrieden verabschiedet hatte.

Noch allerdings glaubte die Oberste Heeresleitung, den Krieg durch einen Siegfrieden beenden zu können. Im März 1918, nach dem Russland aufgezwungenen, überaus harten Separatfrieden von Brest-Litowsk, suchte sie durch eine letzte große Offensive im Westen die militärische Entscheidung zu erzwingen. Noch einmal keimten Siegeshoffnungen auf. «Die Stimmung der Augusttage kehrt wieder», bemerkte der Heidelberger Mediävist Karl Hampe, als die Nachrichten von den ersten großen Erfolgen der deutschen Westoffensive Ende März bekannt wurden. Doch schon im April 1918 zeigte sich, dass die Militärs sich wieder einmal verrechnet hatten. Der deutsche Angriff blieb bald stecken, und die Enttäuschung darüber, dass auch die verzweifelte Anspannung aller Kräfte nicht zum Ziel geführt hatte, ließ die Stimmung abermals radikal umschlagen. Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung traten nun in einem bislang unbekanntem Ausmaß hervor. «Im Volk wird nur noch eine Frage mit Interesse erörtert, die Beendigung des Krieges, und es mehren sich in bedenklichem Umfang die Stimmen für einen ›Frieden um jeden Preis‹», meldete der Berliner Polizeipräsident im Juli 1918. Und einen Monat später, Mitte August, notierte der Münchner Schriftsteller und Gymnasialprofessor Josef Hofmiller: «Keiner glaubt mehr, daß wir den Krieg gewinnen. Alle wissen, daß wir ihn verloren haben, und doch rückt keiner mit der Sprache heraus.»

Statt die Wahrheit ungeschminkt darzulegen, verbreitete die amtliche Propaganda weiterhin Siegeszuversicht und beförderte

damit nur den Vertrauensverlust des herrschenden Systems. Im August 1918 belauschte ein Polizeispitzel die Unterhaltung zweier Lazarettinsassen in Bremerhaven: «Siehst Du, Kamerad, wir sind kaputt, keiner denkt mehr an Sieg, was die Zeitungen schreiben, ist alles Lug und Trug ... Sollen wir uns denn die Knochen kaputt schießen lassen, nur weil die Oberen noch Lust haben zu dieser wahnsinnigen Schlachtereier? ... Wir kriegen unsere Kameraden so weit, daß sie alles mitmachen wie in Rußland. Wir haben ja nichts mehr zu verlieren.»

Dem Autoritätsschwund der staatlichen Instanzen entsprach ein rapider Verfall der militärischen Disziplin. Im Westen häuften sich seit Frühsommer 1918 Meldungen über Befehlsverweigerungen. Soldaten versuchten in immer größerer Zahl, sich dem Frontdienst zu entziehen – sei es, dass sie Krankheiten vortäuschten, sich selbst verstümmelten, in der Etappe untertauchten oder zum Gegner überliefen. In vielen Heimatgarnisonen kam es zu krawallartigen Ausschreitungen. Ausgelöst wurden sie zumeist von Truppenteilen, die an die Westfront geschickt werden sollten. Ganz offensichtlich waren viele Soldaten nicht mehr bereit, ihr Leben für eine aussichtslose Sache aufs Spiel zu setzen. «Dreiviertel der Mannschaften hier will Schluß. Wie ist ihnen ganz egal», hieß es in einem Feldpostbrief vom April 1918.

Ende September 1918 versammelte sich die gesamte Führungsspitze des wilhelminischen Deutschland im Hauptquartier im belgischen Spa, um aus dem Munde Hindenburgs und Ludendorffs zu vernehmen, was Einsichtige längst wussten: der Krieg war verloren. Lange hatte es gedauert, bis die Oberste Heeresleitung sich zu ihrem militärischen Offenbarungseid hatte durchringen können. Nun aber konnte es ihr nicht schnell genug gehen: Sie drängte auf den unverzüglichen Abschluss eines Waffenstillstands, und zu diesem Zwecke sollte eine neue Regierung «auf breiter nationaler Basis» gebildet werden. Das bedeutete, dass die Führungseliten des Kaiserreichs im Angesicht der Niederlage zugestehen wollten, was sie bisher strikt ausgeschlossen hatten: die «Parlamentarisierung», das heißt die Etablierung einer vom Vertrauen der Reichstagsmehrheit abhängigen Regierung, an der, nach Lage der Dinge, auch die

Mehrheitssozialdemokraten, die stärkste Partei des Reichstags, beteiligt werden mussten. «Kritischer Tag erster Ordnung. Wendepunkt für Preußen, für Deutschland, vielleicht für die Welt», notierte Harry Graf Kessler am 30. September 1918.

Gewiss spielte bei den Militärs der Wunsch eine Rolle, die Armee vor einem Desaster zu bewahren. Einige Tage zuvor hatte eine alliierte Großoffensive eingesetzt, die sofort tiefe Brechen in die deutschen Verteidigungslinien schlug. Ein Zusammenbruch der Westfront schien nur eine Frage von Tagen zu sein. Doch wichtiger war wohl ein anderes Motiv: die Absicht nämlich, die Verantwortung für die bevorstehende Niederlage auf die Parteien der Reichstagsmehrheit, allen voran auf die Sozialdemokraten, abzuwälzen. Er habe, erklärte Ludendorff am Abend des 29. September vor seinen Offizieren, den Kaiser «gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Sie sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.» In der Stunde der Niederlage inszenierten sich diejenigen, die das Kaiserreich durch maßlose Überschätzung der deutschen Kräfte und ihre sture Blockadepolitik gegen jedwede Reformen in den Abgrund geführt hatten, als Opfer, das hinterrücks um den verdienten Sieg betrogen worden sei. Das war die Geburtsstunde der Dolchstoßlegende. «Ich mußte an Siegfried denken mit der tödlichen Wunde im Rücken von Hagens Speer», kommentierte ein Generalstabsoffizier den Auftritt Ludendorffs.

Neuer Reichskanzler wurde Prinz Max von Baden, der badische Thronfolger, der liberalen Reformen gegenüber als aufgeschlossen galt. Unter den Mehrheitssozialdemokraten war die Frage einer Beteiligung an der neuen Regierung umstritten. Philipp Scheidemann warnte in der Fraktionssitzung am 3. Oktober 1918 davor, in «ein bankrotttes Unternehmen» einzusteigen – in der richtigen Vorahnung, dass den Sozialdemokraten die Verantwortung für den Kriegsausgang aufgebürdet werden sollte. Doch der Vorsitzende Friedrich Ebert setzte sich durch:

Er forderte die Partei auf, ihre patriotische Pflicht zu tun und sich nicht zu verweigern; jetzt müsse sie «in die Bresche springen», um zu retten, was zu retten sei. Auf diese Linie schwor er die große Mehrheit der Fraktion ein.

Am 26. Oktober 1918 entließ Wilhelm II. General Ludendorff, der in einer abrupten Kehrtwende für eine Weiterführung des Kampfes plädiert hatte. Am selben Tage verabschiedete der Reichstag Gesetze, die den Übergang zur parlamentarischen Demokratie besiegelten. Der Artikel 15 der Reichsverfassung wurde um die Bestimmung ergänzt: «Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.» Außerdem wurde die kaiserliche Kommandogewalt der verantwortlichen Regierung untergeordnet und somit der parlamentarischen Kontrolle unterstellt. Die Reform «von oben» sollte der Revolution «von unten» zuvorkommen – das war der Grundgedanke der nun vollzogenen Wende.

Doch diese Rechnung ging nicht auf, und zwar vor allem aus zwei Gründen: Zum einen wirkte das Eingeständnis der militärischen Niederlage, das mit der Bitte um Waffenstillstand verbunden war, keineswegs beruhigend; es steigerte vielmehr die Wut auf jene, die das Deutsche Reich in diese ausweglose Lage manövriert hatten. Im Oktober 1918 berichtete der sächsische Gesandte in Berlin: «Zwei Stimmungen beherrschen die Massen. Die eine ist eine aufs äußerste gesteigerte Friedenssehnsucht, die andere eine unverkennbare Bitterkeit darüber, daß die früheren Regierungen sich über die Grenzen der deutschen Kraft nicht klargeworden seien und den Glauben an unsere Unbesiegbarkeit so stark genährt hätten, daß weite Kreise sich in falscher Sicherheit wiegten.» Eine radikale Stimmung des «Frieden um jeden Preis» erfasste nun auch Schichten der Bevölkerung, deren monarchische Loyalität und patriotische Gesinnung bislang ganz außer Zweifel gestanden hatten. Hinzu kam eine verheerende Grippeepidemie, die gerade Mitte Oktober 1918 ihren Höhepunkt erreichte und unter der entkräfteten großstädtischen Bevölkerung zahlreiche Opfer forderte.

Zum anderen war die «Oktoberreform» in ihren Auswirkungen für die Masse der Bevölkerung noch kaum spürbar. Der

Alltag blieb bestimmt durch die Mühen der Lebensmittelbeschaffung. Und auch an den politischen Machtverhältnissen schien sich trotz «Parlamentarisierung» vorerst wenig geändert zu haben. Nach wie vor herrschte der Belagerungszustand, entschieden die stellvertretenden kommandierenden Generale in den Korpsbezirken willkürlich über Zensurmaßnahmen und Versammlungsverbote. Statt einer allgemeinen Amnestie für die politischen Gefangenen gab es neue Verhaftungen von Kriegsgegnern. Immer noch stützte sich auch Wilhelm II. in erster Linie auf seine militärischen Ratgeber. Am 29. Oktober verließ er Potsdam, um ins Hauptquartier nach Spa zu reisen und sich so dem Einfluss der ersten parlamentarischen Regierung unter Prinz Max von Baden zu entziehen.

Die Antwortnoten des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson auf das deutsche Ersuchen, einen Waffenstillstand zu vermitteln, machten allerdings deutlich, dass ohne eine Abdankung Wilhelms II. der Frieden nicht zu haben war. Doch der Kaiser dachte gar nicht daran, dem Thron freiwillig zu entsagen. «Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab», erklärte er, uneinsichtig wie eh und je. So richtete sich die Bewegung gegen den Krieg schließlich auch gegen den Träger der Krone selbst. «Man spricht in den Volksmassen von nichts als der notwendigen Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen und gibt sich einer völligen Friedenspsychose hin», beobachtete der Historiker Friedrich Thimme in der Reichshauptstadt.

Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis der revolutionäre Funke zündete, und es war kein Zufall, dass dies auf den Großkampfschiffen der kaiserlichen Marine geschah. Denn hier, wo Mannschaften und Offiziere auf engstem Raum zusammenlebten, hatten soziale Ungleichheit und militaristische Willkür besonders empörende Auswüchse angenommen. «Jahrelang aufgehäuftes Unrecht hat sich zu gefährlichem Sprengstoff verwandelt», notierte Richard Stumpf, ein national und kaisertreu eingestellter Matrose, in sein Tagebuch. «O Jammer, weshalb mußten wir so schuftige, gewissenlose Offiziere haben, die uns alle Liebe zum Vaterland, die Freude am deutschen Wesen, den Stolz auf unsere vorbildlichen Einrichtungen genommen haben.»

Ende Oktober 1918 gab die Marineleitung den Befehl zu einem Flottenvorstoß in die Nordsee. In einem letzten Gefecht wollte sie einen «ehrvollen Untergang» suchen. Damit aber wurde das Feuer an die Lunte gelegt, die das Pulverfass zur Explosion brachte. Die Matrosen auf den vor Wilhelmshaven ankernden Schlachtschiffen verweigerten den Befehl. «Auf zur Demonstration an Land», lautete die Parole. In dem Augenblick, als die militärische Disziplin zusammenbrach, war auch der wilhelminische Obrigkeitsstaat am Ende. Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten.

Die «wunderlichste aller Revolutionen» hat Arthur Rosenberg den Novemberumsturz genannt. Denn die Massen hätten «eigentlich gegen sich selbst» rebelliert, weil sie mit der Einführung der parlamentarischen Monarchie doch bereits am Ziel ihrer Wünsche angelangt gewesen seien. Diese These verkennt, dass die Verfassungsreform vom Oktober 1918 mehr ein Versprechen als bereits erlebbare politische Realität war. Die Herrschaft der Militärs dauerte, wie der eigenmächtige Befehl der Seekriegsleitung zeigte, scheinbar ungebrochen fort. Es bedurfte erst der gemeinsamen Aktion von revolutionären Matrosen, Arbeitern und Soldaten, um den Systemwechsel unumkehrbar zu machen und das Regime der Hohenzollern definitiv zu beenden. «Die ‹Revolution von unten›», so hat Sebastian Haffner zu Recht bemerkt, «wollte die ‹Revolution von oben› nicht kassieren, sondern ergänzen, beleben, vorwärtstreiben, recht eigentlich erst zur Wirklichkeit machen.»

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de